

Stadt Zürich Gemeinderat Parlamentsdienste Stadthausquai 17 Postfach, 8022 Zürich

Tel 044 412 31 10 Fax 044 412 31 12 gemeinderat@zuerich.ch www.gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 25. Mai 2011

1374. 2011/86

Weisung vom 23.03.2011:

Elektrizitätswerk, Beteiligung am Solarthermie-Kraftwerk Puerto Errado 2 in Spanien, Bewilligung Objektkredit

Antrag des Stadtrats

- Zur Durchführung einer oder mehrerer Kapitalerhöhungen der ewz (Deutschland)
 GmbH und zur Gewährung von Gesellschaftsdarlehen an die ewz (Deutschland)
 GmbH wird dem Elektrizitätswerk ein Objektkredit von Fr. 19 540 000.

 zwecks Beteiligung an der Projektgesellschaft Tubo Sol Puerto Errado 2 S.L. (Eigenkapital und Gesellschaftsdarlehen) bewilligt.
- 2. Das Postulat «Langfristiges Bezugsrecht von Elektrizität aus solarthermischen Kraftwerken in Europa» von Bernhard Piller und Daniel Leupi vom 27. Mai 2009, GR Nr. 2011/35 (statt Motion, GR Nr. 2009/219) wird als erledigt abgeschrieben.

Kommissionsreferent:

Bernhard Piller (Grüne): Die Solarthermie wandelt Sonneneinstrahlung in Wärmeenergie um. Die Wärme ist im Gegensatz zum Strom weitaus effizienter und kann kostengünstiger gespeichert werden. Somit wird die Produktion in den thermischen Kraftwerken planbarer, weil auch Nachts Energie produziert werden kann. Die finanzielle Unterstützung des hier vorliegenden Projekts in Spanien sieht vorläufig keinen Import des erzeugten Stroms in die Schweiz vor, sondern nur eine Einspeisung ins lokale spanische Netz und den Verkauf vor Ort. Mittelfristig könnte der ökologische Mehrwert durch ein Zertifikat von Seiten des ewz abgeschöpft werden und längerfristig würde eine Übernahme des Stroms ins eigene Netz geprüft. Während andere Schweizer Firmen am Solarthermieprojekt direkt beteiligt sind, macht das ewz den Umweg über die ewz Deutschland GmbH. Aus unserer Sicht schmälert dies die demokratischen Einflussmöglichkeiten der Stadtzürcher Bevölkerung, weshalb wir eine schriftliche Anfrage einreichen, die die zukünftige Beteiligungsstrategie des ewz und der Stadt Zürich abklären soll. Trotz dieser Nachfrage ist das fortschrittliche Projekt zu befürworten, weshalb die Kommission die Annahme der Weisung beantragt.

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Martin Bürlimann (SVP): Zwar ist Solarthermie eine vernünftige Sache, die Kosten für dieses Projekt sind jedoch zu hoch. Die Finanzierungsmodalitäten gehen um sieben



Ecken, am Schluss weiss niemand mehr, wer wirklich zuständig ist. Wenn, dann soll das ewz eine Direktbeteiligung anstreben. Spanien könnte das ewz über den Tisch ziehen und den Einspeisetarif streichen, sobald die Verträge unterschrieben sind. Die Schweiz trägt schliesslich die Kosten. Dem Stadtrat geht es darum, ein solches Verfahren zu zertifizieren. Unklar ist aber, was diese Zertifizierung kostet, wer sie zahlt und warum in der Weisung das Wort Zertifikat selbst nicht zu finden ist. Hier werden mit einer fragwürdigen Finanzkonstruktion in einem bankrotten Land Subventionen abgeholt, ohne dass der Strom in die Schweiz kommt. Die SVP-Fraktion lehnt die Weisung in dieser Form ab.

Weitere Wortmeldungen:

Alexander Jäger (FDP): Der Strom wird vorerst nicht in die Schweiz transportiert, weil das Netz nach Spanien noch nicht ausgebaut ist. Was aber nicht heisst, dass dies für alle Zeiten so bleibt. Solarthermie ist eine neue Technologie und deshalb sicher eine Risikoinvestition, wir sind aber für den Fortschritt. Für die zukünftige Finanzplanung des ewz bringt das Projekt viel. Wir müssen irgendwann genügend Geld zur Verfügung haben, um dieses in erneuerbare Energien investieren zu können. Die FDP-Fraktion setzt auf diesen Weg und unterstützt die Weisung.

Martin Luchsinger (GLP): Eine Zukunft mit erneuerbarer Energie ist nur realisierbar, wenn auch im Ausland geschickt in Solarenergie investiert wird. Die finanziellen Risiken, die dafür eingegangen werden müssen, stehen in keinem Vergleich zu der akuten Lebensgefahr für Mensch und Umwelt durch Atomkraftwerke. Mit diesem Versuchsprojekt wird ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht, man darf es dabei nicht belassen. Das ewz sollte eine detaillierte und langfristige Strategie ausarbeiten, wie es seine Rolle bei der ausländischen Sonnenthermie sieht. Was passiert, wenn der Versuch in Spanien scheitert? Es braucht weitere Perspektiven, wie eine erneuerbare Stromversorgung für die Stadt Zürich möglich ist. Die GLP-Fraktion stimmt der Weisung zu.

Kyriakos Papageorgiou (SP): In der Kommission war die SVP-Fraktion noch für das Projekt und beratschlagte sogar, wie man vielleicht noch einen grösseren Teil des Kuchens abbekommen könnte. Doch wenn der SVP-Bundesrat für Atomenergie ist, fehlt wohl der Mut, zu einer anderen Meinung zu stehen. Wir wollen an einer neuen Technologie etwas ausprobieren und von Anfang an dabei sein. Die gesammelten Erfahrungen werden von grossem Nutzen sein, wenn es an der Zeit ist, diese Technologie für uns anzuwenden. Wenn sich das Finanzkonstrukt über die ewz Deutschland GmbH schneller und einfacher abwickeln lässt, spricht nichts dagegen. Wir haben die Oberaufsicht über das ewz, können jederzeit beobachten und nachfragen, was entschieden und wo investiert wird. Die Weisung ist deshalb anzunehmen.

Bruno Amacker (SVP): Es entspricht bester Zürcher ewz-Tradition, Energien die man nicht vor Ort gewinnen kann, auswärts abzuholen. So hat man es vor knapp hundert Jahren im Bündnerland gemacht. Allerdings mit dem Unterschied, dass die Stadt Zürich selbst die Werke baute und betrieb. Das hier gezeigte Geflecht mit Querfinanzierungen und Rückversicherungen erinnert an Gebilde aus der Zeit der Finanzblase. Die veranschlagten Kosten für die Due-Diligence-Prüfungen sind so hoch, dass die Risiken vielfäl-



tig und nicht abschätzbar bleiben. Für die Firma Transfield, die die Risiken vor Ort minimieren soll, bedeutet das spanische Solarthermiekraftwerk das erste europäische Projekt. Auf eine grosse Erfahrung lässt dies nicht schliessen. Dies ist keine Investition in Energie, sondern ein hochriskantes Geschäft. Es sollte keine staatliche Kernaufgabe sein, Risikokapital zur Verfügung zu stellen.

Niklaus Scherr (AL): Vor einigen Jahren investierten wir unheimlich viel Geld in die Hochspannungsleitungen, um den Leitungsverlust bei Langstreckentransporten zu verringern. Die grosstechnologische Versorgungsphilosophie, die wir mit Kohle- und Atomkraftwerken abdeckten, übernehmen wir nun eins zu eins für die Stromautobahnen. Wohlwissend, dass dabei auch viel Energie verloren geht. Es ist gut, dass das ewz mit diesen Technologien Erfahrungen sammelt, aber sind die Kosten dafür noch ökonomisch vernünftig? Es ist nicht realistisch anzunehmen, dass die Lösung unserer zukünftigen Stromversorgung in Südspanien, in der Sahara oder in der Nordsee liegt.

Simon Kälin (Grüne): In erneuerbare Energien muss erst viel investiert werden, um ein goldenes Ende zu erreichen. Sind alle Anlagen abgeschrieben, produzieren diese sehr rentabel und preisgünstig. Bei der Kernenergie ist dies nicht der Fall, am Schluss müssen die Anlagen zurückgebaut werden und man sitzt auf hohen Entsorgungskosten. Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel von möglichst billigem zu möglichst nachhaltigem Strom. Der Wirkungsgrad eines solarthermischen Kraftwerks ist besser als bei der Photovoltaik, weil ein grosser Teil der Sonnenenergie als Wärme oder Infrarotstrahlung abgestrahlt wird, während Photovoltaik auf einem quantenphysikalischen Effekt aufbaut und deshalb nur ganz bestimmte Frequenzbereiche für Energiegewinnung genutzt werden können. Beide Technologien bergen aber grosses Potenzial. Die richtige Netzinfrastruktur vorausgesetzt, steht ausreichend elektrische Energie für alle zur Verfügung. Einen anderen Reaktor als die Sonne benötigen wir nicht, weshalb der Weisung nur zugestimmt werden kann.

Mauro Tuena (SVP): Wer trägt im Falle eines Scheiterns die Kosten? Vor allem dann, wenn der spanische Staat sich nicht beteiligen kann, weil ihm die finanziellen Mittel dazu fehlen. Es ist etwas anderes, wenn sich die Stadt Zürich im eigenen Land an einem Projekt beteiligt, wo die gleichen Rahmenbedingungen und Gesetze gelten und die Funktionen sowie Beteiligungen glasklar ersichtlich sind.

Balthasar Glättli (Grüne): Der Strom vom Bündnerland kam auch nicht ganz unproblematisch zu uns, denn die grossen Starkstromleitungen führten wohl kaum zur Zufriedenheit der Anwohnerlnnen. Man muss auch nicht den spanischen Staatskonkurs beschwören und meinen, in Deutschland wäre zum Beispiel alles ganz anders. Die Energiewirtschaft ist eine relativ besondere, sehr oft parastaatliche und schlecht zu kontrollierende Veranstaltung. Wir müssen die Weichen so stellen, dass wir unsere Aufsichtsverantwortung als Gemeinderat - auch im Falle eines Rückschlags - unter erhöhter Vertraulichkeit wahrnehmen können. Das ewz kann demgegenüber aber auch lokal sehr viel machen, denn nicht nur in Spanien scheint die Sonne.



Martin Luchsinger (GLP): Da sich auch die Industriellen Werke Basel (IWB) am Projekt in Spanien beteiligen, wurde dieses in Basel-Stadt mit der Begründung gutgeheissen, dass die technischen Risiken in einer vernünftigen Relation zu den wirtschaftlichen Chancen stehen würden. Zudem wurde die Beteiligung dort als Chance für den Kanton Basel-Stadt und die IWB gesehen, sich national und international als Innovatoren im Bereich erneuerbare Energien auszuweisen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: In Basel ist man zum gleichen Schluss gekommen wie in der Stadt Zürich. Denn es handelt sich hier um ein Postulat aus dem Rat, das mehrheitlich überwiesen worden ist. In diesem Sinne haben wir einen Auftrag erfüllt. Die Aufsichtspflichten und -rechte gelten für die ewz Deutschland GmbH genauso, wie für unsere anderen Partnerwerke. Wir sind für absolute Transparenz und Offenheit. Die Zahlen für die Due-Diligence-Prüfung haben wir deshalb sauber und exakt aufgelistet, anstatt weniger in gutem Glauben zu veranschlagen. Es ist eine erklärte Absicht des ewz, den Strom aus Spanien langfristig in die Schweiz zu bringen. Wir müssen und werden Mittel und Wege finden, um dies zu gewährleisten. So viele gute Projekte in Sachen erneuerbare Energie gibt es derzeit in Europa nicht. Das ewz hat in ihrem Auftrag diese Chance gepackt, weshalb die Weisung unterstützt werden muss.

Niklaus Scherr (AL): Eine direkte Frage an den Stadtrat: Operiert die IWB und die Genossenschaft Elektra Baselland auch über eine externe GmbH oder beteiligt sie sich direkt?

STR Andres Türler: Beide Firmen beteiligen sich direkt.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Bernhard Piller (Grüne), Referent; Vizepräsident Kyriakos Papageorgiou (SP),

Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Matthias Probst (Grüne), Ruggero Tomezzoli (SVP), Michel Urben (SP), Mirella

Wepf (SP), Bruno Wohler (SVP)

Enthaltung: Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 95 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zur Durchführung einer oder mehrerer Kapitalerhöhungen der ewz (Deutschland)
GmbH und zur Gewährung von Gesellschaftsdarlehen an die ewz (Deutschland)
GmbH wird dem Elektrizitätswerk ein Objektkredit von Fr. 19 540 000.– zwecks Beteiligung an der Projektgesellschaft Tubo Sol Puerto Errado 2 S.L. (Eigenkapital und



Gesellschaftsdarlehen) bewilligt.

2. Das Postulat «Langfristiges Bezugsrecht von Elektrizität aus solarthermischen Kraftwerken in Europa» von Bernhard Piller und Daniel Leupi vom 27. Mai 2009, GR Nr. 2011/35 (statt Motion, GR Nr. 2009/219) wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 1. Juni 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30 Juni 2011)

Im Namen des Gemeinderats		
Präsidium		
Sekretariat		